

---

**461/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 23.05.2003**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Breitband-Offensive der Bundesregierung

Bei den Beratungen des Unterausschuss des Verkehrsausschusses im Zuge der Vorbereitung der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes in der XXI. GP verwies die Anfragestellerin wiederholt auf die Notwendigkeit, gerade in peripheren Gebieten Österreichs und im ländlichen Raum den Zugang zur Breitband-Technologie voranzutreiben. Dies wurde erst nach Abschluss der Arbeit im Unterausschuss zögernd von Seiten der ÖVP zur Kenntnis genommen, noch im zusammenfassenden VP-FP-Entschließungsantrag findet sich dazu keine Aussage. Eine entsprechende Formulierung in einem von der Opposition vorgelegten Antrag fand nicht die Unterstützung von ÖVP und FPÖ.

In der Zwischenzeit vermerkt Staatssekretär Morak anlässlich einer Tagung am 28.4.2003: „Überdies hat die Bundesregierung die „Breitband-Initiative Österreich“ gestartet. Wiewohl wir hierzulande mit einer Breitband-Penetration von rund 13 % bereits deutlich über dem EU-Durchschnitt von 9 % liegen, wollen wir uns an den führenden Breitband-Nationen wie Belgien und den Niederlanden ein Beispiel nehmen, die es mit einer gezielten Breitband-Politik schon auf 18 % bzw. 22 % gebracht haben. Die RTR-GmbH hat die Aufgabe übernommen, Möglichkeiten zur Förderung einer besseren Breitbandausstattung, vor allem für unter- und unversorgte Gebiete, aufzuzeigen und die dafür geeigneten Modelle zu entwickeln.“

Außerdem stellte die RTR-GmbH im Rahmen eines Symposiums am 2. April 2003 folgenden Sachverhalt fest:

„Informations- und Kommunikationstechnologien mit innovativen Diensten und Applikationen haben das tägliche Leben - von der allgemeinen Informationsbeschaffung im beruflichen und privaten Bereich bis hin zur öffentlichen Verwaltung - stark geprägt und verbessert. Eine Folge davon ist, dass immer größere Datenmengen immer rascher transportiert werden müssen. Breitbandinfrastruktur ermöglicht der wissensbasierten Gesellschaft diesem steigenden Informationsbedürfnis leichter, bequemer und kostengünstiger nachzukommen. In den Backbone-Netzen stehen bereits heute entsprechende ; Kapazitäten zur Verfügung bzw. können bei Bedarf leicht entsprechend erweitert werden. Im Gegensatz dazu sind im Accessbereich Breitbandtechnologien noch wesentlich seltener zu finden.

Österreich liegt mit einer Breitband-Penetration von rund 13% gerechnet auf Haushalte europaweit zwar an fünfter Stelle und damit über dem EU-Durchschnitt von 9 %, führende Breitband-Nationen wie Belgien und die Niederlande sind allerdings durch ihre fokussierte Breitband-Politik schon bei 18% bzw. 22 % angelangt. Nach einer vergleichsweise frühen Markteinführung von Breitband (via TV-Kabel 1997, ADSL 1999) ist Österreich besonders im letzten Jahr im Vergleich zurückgefallen. Damit Österreich wieder einen Spitzenplatz unter den Informationsgesellschaften Europas erringen kann, müssen gezielte nationale Anstrengungen sowohl bei den breitbandigen Zugangstechnologien als auch bei den Anwendungen und im Content-Bereich erbracht werden. Demnach soll es Österreich gelingen, einerseits bei den Zugangstechnologien, wie z. B. bei den Kabelanschlüssen und xDSL, zur Europäischen Spitze aufzuschließen, den FTTH (fibre-to-the-home) Technologien mehr Raum zu geben, sowie in der neuen Technologie W-LAN, die Breitband auch in öffentlichen Räumen und entlegenen Gebieten ermöglicht, auf eine Spitzenposition vorzustoßen. Andererseits soll jedoch auch nachfrageseitig z. B. mit nützlichen e-commerce-Lösungen und e-government-Produkten ein „Nachfragesog“ erzeugt werden, der mit dem Technologieangebot eine sich wechselseitig motivierende „Stärkenspirale“ erzeugt. Um die mit „Breitband“ verbundenen positiven sozialen und wirtschaftlichen Effekte aufzuzeigen, vorzeitig eine Bewusstseinsbildung bei Entscheidungsträgern, Meinungsbildnern, aber auch bei der breiten Öffentlichkeit herbeizuführen, und verschiedene Fördermodelle zu evaluieren, startet die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) die Breitband-Initiative Österreich.

Ausgehend von einer Analyse des Status quo wird die RTR-GmbH als Thinktank im Rahmen ihrer Initiative nach dem Motto „Breitband für alle“ unter anderem Möglichkeiten zur Förderung der Breitbandpenetration, vor allem für unter- und unversorgte Gebiete, aufzeigen und für die Öffentlichkeit, das Parlament und die Regierung die dafür geeigneten Modelle entwickeln. Ein erstes Ziel der Initiative ist es, durch umfassende Kommunikations- und Diskussionsprozesse die Schaffung einer politisch hochrangig besetzten Taskforce anzuregen, die in weiterer Folge die österreichischen Aktivitäten zur Verbesserung der Breitband-Versorgung koordiniert und steuert.“

Die - wie der Einbruch im Jahr 2002 zeigt, mit Verspätung in Gang kommenden - Initiativen sollen von steuerlichen Begleitmaßnahmen unterstützt werden, an deren Treffsicherheit bereits im Vorfeld Zweifel aufgetaucht sind. Zudem scheinen diese steuerlichen Begleitmaßnahmen nicht geeignet, in den bislang unter- und unversorgten Gebieten des ländlichen Raums ausreichende Wirkung zu entfalten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung im Sinne der Verbesserung des Zugangs zu Breitband-Technologien unternommen?
2. Werden steuerliche Maßnahmen auch für bereits bestehende Anschlüsse erwogen, wenn nicht, warum nicht?
3. Wie wollen Sie bei steuerlicher Begünstigung von Neuanschlüssen der Nutzung steuerlicher Vorteile durch Neuanschließung bestehender Zugänge und damit einer bloßen Substitution anstelle der eigentlich beabsichtigten Ausweitung vorbeugen?
4. Welche Lösungen werden Sie für Bevölkerungs- und Unternehmensgruppen anbieten, für die der Weg des Absetzens nicht offen steht?
5. Auf welche Weise sollen durch die geplanten steuerlichen Maßnahmen speziell die Zugänge in den peripheren Gebieten Österreichs verbessert werden?
6. An welchen ausländischen Modellen orientieren Sie sich dabei?
7. Welchen Zeitplan haben Sie in dieser Angelegenheit entwickelt? Wenn keinen, warum nicht?
8. Welche quantitativen Zielvorgaben hinsichtlich der Ausweitung des Zugangs im ländlichen Raum haben Sie sich mit welchem Zeithorizont gesetzt?
9. Bis wann wollen sie das Breitband-Zugangsdefizit im ländlichen Raum gegenüber den Ballungsräumen ausgeglichen haben?